

kräften vorwerfen, daß sie nicht dagegen tun, schreiben sie, wenn sie sich an Offiziere wenden:

Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir aussprechen, daß die kommunistische Stoßtruppe, die in der Pfalz, in der Gifel und am Tübingener Totenjahrtag mit Revolvern und Handgranaten die Separatisten auseinandergetrieben haben, unter der Führung nationalsozialistischer Offiziere standen.

Robels Schlageter-Nebe wird erneut rühmend gepriesen und der „deutsche Vorkämpfer als Volkserhebung“ unter kommunistischer Führung in Aussicht gestellt:

Das militärische Vorbild dieses deutschen Befreiungskrieges wird mehr oder minder der Kampfweise entsprechen, mit der Petrow-Vorbed (!) in glänzender Weise seine eigene Schaar in Ostpreußen führte, mit der die Türken die mit jähem Überkommen Material ausgestatteten griechischen Truppen besiegten, mit der schließlich die russische Rote Armee ihre Feinde aus dem Bunde jagte: Das Material müssen wir und vom Feinde holen, die Maschinen müssen wir durch die gesteigerte revolutionäre Moral unserer Kämpfer beschaffen (!), die technische Hebermacht durch die Masse und Wanderrichtigkeit unseres Heeres schlagen.

Gegen die sozialdemokratischen Volksverräter wollen die Kommunisten „revolutionäre Arbeiter und nationalsozialistische Offiziere“ sammeln. Damit das Bündnis schmachtbarer wird, wird nach Oswald Spengler „Preußen als Sozialismus“ gepriesen und allen Ernstes versichert:

Das Rätesystem ist preußischer Gedanke, der auf den Grundgedanken der Autokratie, der Verantwortlichkeit, der Kollegialität beruht.

Der Offizier gehört datum an „die Spitze der nationalen und sozialen Vorkämpfer“, das „gemeinsame nationale Ziel“ soll durch die Zusammenarbeit zwischen Offizieren und Arbeitern unter kommunistischer Führung erreicht werden.

Wenn ein solches Schreiben bereinzelt vorläge, würde man es möglicherweise für eine Kapitulation halten. Nach allem, was man an kommunistisch-bolschewistischer Verbrüderung aber sonst schon erlebt hat, paßt dieses kommunistische Werbeschreiben ganz in die Linie, die von Robel und Ruth Fischer in trauter Harmonie vorgezeichnet ist. Es beweist lebend, der sehen will, daß dieselben Kommunisten, die in den Betrieben und in Versammlungen mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft „Einheitsfront“ zu spielen suchen, gleichzeitig mit sozialistischen Offizieren den bewaffneten Kampf gegen diese selbe sozialdemokratische Arbeiterschaft vorzubereiten suchen.

Kommunistische Verbrechen

Sperrung von Versammlungen gegen Militärdiktatur und Schutzhaftnahme

Berlin, 2. Februar. (Eigener Bericht.) Der Sozialdemokratische Bezirksverband Groß-Berlin hatte für Freitagabend eine öffentliche Versammlung einberufen, in der Genosse Crispian über die Militärdiktatur und die Schutzhaftnahme in Sachsen und Thüringen sprechen sollte. Die Versammlung war überfüllt. Es zeigte sich sofort, daß eine zwar nicht große, aber um so radikalere Minderheit anwesend war. Kaum hatte Crispian zu sprechen begonnen, als die Kommunisten — denn als solche erwiesen sich die Rabauterüber — für den Referenten begrenzte Redezeit, für sich selbst aber unbegrenzte Diskussionsfreiheit verlangten. Der Vorsitzende Genosse Dieblich lehnte die Begrenzung der Redezeit des Referenten ab, sagte aber helle Diskussionsfreiheit zu. Darauf setzten die Kommunisten mit dem vorbereiteten Madau ein, der offenbar den Anfang des von Moskau befohlenen neuen Kommunismus in Deutschland bedeuten sollte. Nachdem der Madau, der dem Genossen Crispian das Reden unmöglich machte, eine halbe Stunde gedauert hatte und die Krawallmacher keine Anhalten trafen, die Protestrede gegen die Militärdiktatur halten zu lassen, mußte der Vorsitzende die Versammlung schließen. Darauf führten eine Anzahl Kommunisten auf die Bühne, schlugen mit Stühlen auf unsre Genossen ein und wollten eine eigene Versammlung eröffnen. Das gelang ihnen nicht! Schließlich räumte die vom Wirt herbeigerufene Polizei den Saal.

Die Ermordung unter den Berliner Parteigenossen über ein derartig sinnloses und brutales Vorgehen der Kommunisten ist allgemein. Die Militärgewalt und die gesamte Reaktion können sich keine bessere Hilfe wünschen, als diese unverantwortlichen kommunistischen Elemente. Sie behindern den Protest gegen Militärdiktatur und Schutzhaftnahme und liefern den Nachhabern weitere Vorwände zur Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes. Das ist ein Verbrechen an der proletarischen Gesamtbewegung. Die Verwilderung und das Schuldbewußtsein der Kommunisten steigert sich zu immer gefährlicheren Dimensionen.

Gegen Achtstundentag und Friedensvertrag

Abereinstimmung deutscher und französischer Unternehmer

Genf, 30. Januar. Die geistliche Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes hat einen unerwarteten Verlauf genommen. Wie bereits gemeldet, hatte die Arbeitergruppe einen Resolutionsentwurf eingebracht, wonach der Direktor beauftragt wurde, seine Bemühungen fortzusetzen, die Ratifizierung des Achtstundentag-Übereinkommens durch die verschiedenen Regierungen zu erzielen. Die Besprechung dieser Resolution war auf morgen vertagt worden. Zu Beginn der Verhandlungen nahm der französische Industrielle Pinot Stellung zu der Resolution und bemerkte, daß der Hauptgrund dafür, daß die Arbeitergruppe einen solchen Antrag stelle, an der Entwidlung der Dinge in Deutschland läge. Er habe zu erklären, daß sie darauf hinausgehe, daß Deutschland durch Verlängerung der Arbeitszeit einen ernsthaften Versuch mache, seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, um dadurch endlich den Weg zum wirtschaftlichen Frieden zu eröffnen, den die Welt immer noch erwarte, trotzdem der militärische Frieden schon seit Jahren geschlossen sei. Er werde Deutschland nicht hindern, diesen Weg zu beschreiten und sei der Ansicht, daß auch das Internationale Arbeitsamt keinen Anlaß habe, Deutschland zu bestimmen, an den Achtstundentag festzuhalten und dadurch die Lösung der Reparationsfrage auf neue hinauszuwischen.

Der Vertreter der deutschen Regierung, Dr. Feig, und der deutsche Arbeitsverwalter, Vogel, legten im Anschluß an die Ausführungen Pinots dar, daß Deutschland keine andere Möglichkeit habe, sich wirtschaftlich wieder aufzurichten und Reparationen zu leisten, als durch Mehrarbeit. Dr. Feig betonte dabei aber den künftigen Wunsch der Reichsregierung, der auch in einer neuen Verordnung zum Ausdruck gebracht worden sei, den Grundgedanken des Achtstundentages aufrechtzuerhalten. Er sei mit Pinot darin einig, daß die Reparationsfrage einer endgültigen Lösung bedürfe und wirtschaftliche Freiheit. Wenn dieses Ziel erreicht sei, würde es auch wieder zu normalen Arbeitsbedingungen zurückzuführen können. Bleibe aber Deutschland in Fesseln, so werde nicht nur die Sozialpolitik Deutschlands, sondern die aller Länder schweren Schaden erleiden.

Der deutsche, der französische und der englische Arbeitnehmerschutzbestreben im Verlauf der Debatte, daß die Verlängerung der Arbeitszeit die Produktion und Reparationsfähigkeit leben könnte. Der deutsche Arbeitnehmerschutz, Leipart, erklärte sich dabei ebenfalls ausdrücklich zu Reparationen bereit, forderte aber, daß sie nicht ausschließlich auf den Arbeitern lasten dürfen.

Die englische Regierungsvizepräsidentin, Genossin Bonfield, teilte mit, daß die neue englische Regierung in der Frage des Achtstundentages eine andere Politik als die frühere Regierung einschlagen werde, vermeide es aber, eine bestimmte Erklärung über die Ratifizierung des Abkommens zu geben. Sie bezeichnete das Reparationsproblem als ein dringliches Problem, welches die englische Regierung ernsthaft beschäftige.

Nach einem Schlußwort des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes wurde ein Vermittlungsantrag des italienischen Regierungsvizepräsidenten Micheli angenommen, der ohne besondere Erwähnung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag den Vermittlungsrat aufforderte, die Ratifizierung aller internationalen Abkommen anzustreben.

Herr Binot, Generalsekretär des Comité des Forges, der Organisation der französischen Schwerindustrie, erklärte damit ausdrücklich nicht nur seine Solidarität mit den deutschnationalen Schmarhamern im Unternehmerlager, sondern seinen Gegensatz zum Friedensvertrag, der im Teil XVIII Abschnitt II ausdrücklich den Achtstundentag „überall da, wo er noch nicht erreicht ist“, als erstrebenswertes Ziel ausstellt. Wenn Herr Binot ihn in Deutschland abschaffen will, dann allerdings nicht so sehr, weil er dadurch Reparationen erhofft, sondern weil er ihn auch in Frankreich beseitigt wissen will.

Macdonald und Poincaré

London, 1. Febr. (Eig. Draht.) Der französische Vizepräsident hat dem englischen Ministerpräsidenten am Freitag die Antwort zu Poincarés auf den Brief Macdonalds überreicht. Wie in politischen Kreisen verlautet, ist sich Macdonald noch nicht endgültig über die schließliche Antwort, ob er den Briefwechsel mit seinem französischen Kollegen jetzt veröffentlichen soll oder nicht, Poincaré kommt in seiner Antwort, obwohl diese in den freundschaftlichen Formeln abgefaßt ist, den Wünschen und Absichten Macdonalds nicht einmal auf halbem Wege entgegen. Die Antwort Poincarés wird von einer bestimmten politischen Verantwortlichkeit, die ihren Namen nicht genannt werden möchte und vorsicht, den Inhalt der Poincaréschen Antwort genau zu kennen, als eine klare Feststellung Frankreichs gekennzeichnet. daß es keineswegs bräutliche, irgend etwas, was es jetzt bereits fest in der Hand halte, ohne eine produktive Rückmeldung aus den Händen zu geben. Das ist nicht neu, sondern bestätigt nur zum hundertsten Male, was die französischen Nachrichten immer erklärt haben.

Ob Macdonald auf eine Zusammenkunft mit Poincaré hinbrängen wird, läßt er noch nicht erkennen. Er hat nur Andeutungen gemacht, die von der französischen Regierungspresse sofort mit der Erklärung gehämmt wurden, eine Zusammenkunft werde auf keinen Fall ein Vorläufer einer allgemeinen Konferenz sein. Eine von England zu berufende Konferenz zur Regelung der Reparations- und Sicherheitsfragen wird man in Frankreich mit allen Mitteln hindern. Macdonald hat sich für eine solche Konferenz auch noch nicht festgelegt, wie er in der Londoner Presse feststellen läßt.

Steuerreform zugunsten der Minderbemittelten

London, 31. Januar. (Eig. Draht.) Das öffentliche Interesse in England konzentriert sich nunmehr vornehmlich auf die Budgetreform, die Philip Snowden, der neue sozialistische Schatzkanzler, vorbereitet und in der er an verschiedenen Punkten des Sozialstaatswesens wesentliche Schritte zu machen gedenkt. Wie verlautet, spielt in dem neuen Reformplan Snowden eine variable Besteuerung eine wichtige Rolle, die einen Unterschied zwischen Reinen und Höheren Einkommen macht. Er würde einen großen Teil der bestehenden Steuerlasten durch ein gerechtes Ausgleichssystem auf die verschiedenen Bevölkerungsklassen verteilen und insbesondere die Minderbemittelten entlasten.

Steuerwirth

Die Reichsregierung hat am Freitag den Entwurf einer dritten Steuerreformverordnung veröffentlicht, der nicht weniger als 12 Seiten ausfüllt. Er ist nicht geeignet, unsere Meinung über den Steuerkompromiß zu ändern, und ist so kompliziert, daß man sich immer fragen muß, welche Absichten eigentlich mit dieser Verordnung verwirklicht werden sollen. Die Reichspresse betont mit Recht, daß die dritte Steuerreformverordnung nichts anderes als eine Revision der Erbschafts- und Einkommensteuer ist. Bekanntlich stellt das Reich ja ab 1. April die Zuschüsse an die Länder ein, die bisher 75 und mehr Prozent betragen haben. (Im Februar werden nur 50 und im März nur noch 25 Prozent gezahlt.) Außer den 1,8 Goldmarken, die von Reich und Ländern zur Verfügung gestellt wurden, sind noch 600 Goldmarken für die Länder erforderlich. Als Deckung soll das Einkommen aus der Verrentlichung der bebauten Grundstücke im Zusammenhang mit dem allmählichen Abbau der Zwangsabwirtschaftung der Rieten dienen. Die Reichsregierung soll so bemessen sein, daß dem Hausbesitzer von der Miete ein Betrag verbleibt, der zur Verzinsung des amelierten Kapitals und zur Deckung der Ausgaben, wobei als Maßstab die Friedensausgaben dienen sollen, verbleibt. Es ist vorgesehen, daß der Betrag mindestens bis zum 1. April 1924 30 Prozent der Friedensmiete erreicht.

Die Verordnung gibt also den Ländern gegenüber der Erbschaftsreform ein Maß steuerlicher Selbständigkeit, und stellt ohne weiteres eine Retraumierung des Reichsmietengesetzes dar. Die Reichspresse hat Grund zur Freude, denn die Besche bezieht die Mieteerträge. Dagegen bräut der Entwurf keine positiven Einnahmen für die Förderung des Wohnungsbaus und stellt nur eventuell Zuschüsse der Länder aus den Erträgen der Reichsmietensteuer, etwaige Erträge aus der Verrentlichung der in der Inflationsperiode angelegten Darlehensschulden in Aussicht. Weiter gedenkt man, diesem Zwecke Mieteerträge dienlich zu machen, die sich aus einer eventuellen Aufwertung der Lebensversicherungen und dem Ausfall der Vergütung für spekulative Pfandbriefausgaben ergeben sollen.

Die Aufwertung ist im allgemeinen für alle privaten Vorbehalten auf 10 Prozent festgesetzt, jedoch kann eine Zurückzahlung des Kapitals nicht vor dem Jahre 1929 verlangt werden. Für das Jahr 1924 sollen die Rückzahlungen aus, für 1925 ist 1 Prozent und für jedes weitere Jahr 1 Prozent mehr zu zahlen, bis 1929 ein Normalfuß von 5 Prozent erreicht wird. Pfandbriefe, die in spezialierter Absicht erworben worden sind, kommen für eine Aufwertung nicht in Frage. Dagegen werden Forderungen berücksichtigt, die auf Grund geschlossener Pfandbriefe oder anderer Anlage mündelsicherer Papiere entstanden sind. Eine allgemeine Aufwertung der Sparlastenausgaben erfolgt nicht, was um so bedauerlicher ist, da gerade dadurch jene wirtschaftliche Schwächlinge betroffen worden sind, die der Inflationswelle widerstandslos erlagen. Allerdings wird den Ländern das Recht gegeben, hinsichtlich der Aufwertung der Sparlastenausgaben besondere Bestimmungen zu treffen, wobei insbesondere Stiftungen usw. berücksichtigt werden sollen. Ueber die Aufwertung von Lebensversicherungen ist man zu keinem positiven Ergebnis gekommen. Die steuerliche Belastung aus der Aufwertung beträgt 10 + 2 Prozent. Die Zah-

lungen und insbesondere die Minderbemittelten entlasten. Außerdem plant er verschiedene für den täglich in Unterhalt der englischen Bevölkerung überaus wesentliche Verbesserungen.

Die Anerkennung Rußlands

England fordert Inkraftsetzung der Verträge und Unterlassung bolschewistischer Propaganda

London, 1. Februar. (Eig. Draht.) Die britische Regierung hat die russische Sowjetregierung formell anerkannt. Der Vertreter Großbritanniens in Moskau hat dies der russischen Regierung am Freitag mit einer Note notifiziert, die nach der Feststellung der Anerkennung der Sowjetregierung ausführt, daß nun auch weitere Abkommen getroffen werden müßten, darunter eine über die Anerkennung der Verträge aus der Vorkriegszeit. Dann wird die Anerkennung der Regierung treten automatisch alle früheren Verträge wieder in Kraft. Ferner ist es offenbar, daß die freundschaftlichen Beziehungen nicht als vollständig bezeichnet werden können, solange eine Partei Grund hat, die andere im Verdacht zu haben, daß sie gegen ihre Interessen Propaganda (bolschewistische Propaganda ist gemeint, Red.) treibt. Unter diesen Umständen laßt die britische die russische Regierung ein, sobald wie möglich bevollmächtigte Vertreter nach London zu entsenden, um diese Angelegenheiten zu erörtern und einen endgültigen Vertrag zur Regelung der unerledigten Fragen zu schaffen.

Als zur Ernennung eines Vizepräsidenten regelt der englische Vertreter die Gesandtschaft. Rußland wird eingeladen, einen Vizepräsidenten nach London zu senden.

Die Berichte von Unruhen in Moskau werden gestillt verbreitet. Es soll eine Krisensituation herrschen, die die Geschäftsleute am höchsten beunruhigt. Viele Verhaftungen seien erfolgt. Auch in der Roten Armee gäre es, man sei über die Rottstellung Troski und die neuen Befehle unzufrieden. Zusammenstöße hätten schon stattgefunden. Die Gräber der Sowjetregierung trugen in den letzten Tagen nur die Unterirdische Sinowjens. Von all diesen Gerüchten ist nur die Tatsache erwiesen, daß seit Sonntag der Verleiher Lenin, keine ungenutzten Nachrichten aus Moskau zu erhalten waren. Das läßt auf Wirren oder Schwierigkeiten schließen. Welcher Art sie sind, kann erst durch Wiederherstellung der journalistischen Verbindungen erkannt werden.

Der Hunger in der Krim

Moskau, 31. Jan. (Eig. Bericht.) Nach den Angaben des offiziellen Organs der Sowjetregierung starben in der Krim an Hunger 96.000 Personen, das ist 19,3 Proz. der Bevölkerung. Die Zahl der Panemwirtschaften hat sich um 3903, das ist 12,8 Proz. verringert. 70 Proz. der Kinder in den Schulen leiden an Hunger. Die Regierung hat für die von der Hunger betroffensten Ortschaften 375 Goldrubel angewiesen.

Konflikte in Japan

Nach der grenzenlosen Erdbebenkatastrophe, die beinahe die gesamte Kriegerflotte Japans vernichtet (durch Feuer) haben soll, wird das Land von inneren Kriegen durchwühlt. Die Regierung sucht die Verluste zu verheimlichen, die Opposition fordert Wahrheit und Wiederaufbau des Landes durch offene, realistische Politik. Darüber ist es zu schmerzlichen Konflikten gekommen, die sich in Unruhen in Tokio entladen haben. Jetzt hat der Mikado persönlich das Parlament aufzulösen lassen.

Tokio, 1. Februar. Im Parlament ist es zu erregten Szenen gekommen. Die Opposition beschuldigte die Regierung, sie sei an dem Attentat gegen den Eisenbahnminister, in dem sich 25 Mitglieder der Opposition befanden, beteiligt. Der Eisenbahnminister antwortete, Hinzuhören sich drei Einbringlinge auf den Präsidenten und trieben ihn aus dem Saal. Es folgte eine schwere Prügelei, die mit Häufen und Flüssen ausgefochten wurde. Die Sitzung wurde ausgesetzt. Dann machte der Ministerpräsident die völlig unautorisierte Mitteilung von der Auflösung des Hauses. Er hatte sich die Vollmacht schon vorher verschafft, als er erfuhr, daß die Opposition geforderte Veränderungen ablehnte. Die Krise scheint sich zu schwerem Konflikt auszuweiten.

Steuerwirth

Die Reichsregierung hat am Freitag den Entwurf einer dritten Steuerreformverordnung veröffentlicht, der nicht weniger als 12 Seiten ausfüllt. Er ist nicht geeignet, unsere Meinung über den Steuerkompromiß zu ändern, und ist so kompliziert, daß man sich immer fragen muß, welche Absichten eigentlich mit dieser Verordnung verwirklicht werden sollen. Die Reichspresse betont mit Recht, daß die dritte Steuerreformverordnung nichts anderes als eine Revision der Erbschafts- und Einkommensteuer ist. Bekanntlich stellt das Reich ja ab 1. April die Zuschüsse an die Länder ein, die bisher 75 und mehr Prozent betragen haben. (Im Februar werden nur 50 und im März nur noch 25 Prozent gezahlt.) Außer den 1,8 Goldmarken, die von Reich und Ländern zur Verfügung gestellt wurden, sind noch 600 Goldmarken für die Länder erforderlich. Als Deckung soll das Einkommen aus der Verrentlichung der bebauten Grundstücke im Zusammenhang mit dem allmählichen Abbau der Zwangsabwirtschaftung der Rieten dienen. Die Reichsregierung soll so bemessen sein, daß dem Hausbesitzer von der Miete ein Betrag verbleibt, der zur Verzinsung des amelierten Kapitals und zur Deckung der Ausgaben, wobei als Maßstab die Friedensausgaben dienen sollen, verbleibt. Es ist vorgesehen, daß der Betrag mindestens bis zum 1. April 1924 30 Prozent der Friedensmiete erreicht.

Die Verordnung gibt also den Ländern gegenüber der Erbschaftsreform ein Maß steuerlicher Selbständigkeit, und stellt ohne weiteres eine Retraumierung des Reichsmietengesetzes dar. Die Reichspresse hat Grund zur Freude, denn die Besche bezieht die Mieteerträge. Dagegen bräut der Entwurf keine positiven Einnahmen für die Förderung des Wohnungsbaus und stellt nur eventuell Zuschüsse der Länder aus den Erträgen der Reichsmietensteuer, etwaige Erträge aus der Verrentlichung der in der Inflationsperiode angelegten Darlehensschulden in Aussicht. Weiter gedenkt man, diesem Zwecke Mieteerträge dienlich zu machen, die sich aus einer eventuellen Aufwertung der Lebensversicherungen und dem Ausfall der Vergütung für spekulative Pfandbriefausgaben ergeben sollen.

Die Aufwertung ist im allgemeinen für alle privaten Vorbehalten auf 10 Prozent festgesetzt, jedoch kann eine Zurückzahlung des Kapitals nicht vor dem Jahre 1929 verlangt werden. Für das Jahr 1924 sollen die Rückzahlungen aus, für 1925 ist 1 Prozent und für jedes weitere Jahr 1 Prozent mehr zu zahlen, bis 1929 ein Normalfuß von 5 Prozent erreicht wird. Pfandbriefe, die in spezialierter Absicht erworben worden sind, kommen für eine Aufwertung nicht in Frage. Dagegen werden Forderungen berücksichtigt, die auf Grund geschlossener Pfandbriefe oder anderer Anlage mündelsicherer Papiere entstanden sind. Eine allgemeine Aufwertung der Sparlastenausgaben erfolgt nicht, was um so bedauerlicher ist, da gerade dadurch jene wirtschaftliche Schwächlinge betroffen worden sind, die der Inflationswelle widerstandslos erlagen. Allerdings wird den Ländern das Recht gegeben, hinsichtlich der Aufwertung der Sparlastenausgaben besondere Bestimmungen zu treffen, wobei insbesondere Stiftungen usw. berücksichtigt werden sollen. Ueber die Aufwertung von Lebensversicherungen ist man zu keinem positiven Ergebnis gekommen. Die steuerliche Belastung aus der Aufwertung beträgt 10 + 2 Prozent. Die Zah-

Kahr's Freund warnt

Die Deutsche Tageszeitung veröffentlicht folgende Erklärung Ehrhardt's:

„Die in letzter Zeit wieder auftretenden Alarmnachrichten über einen bevorstehenden Putsch in Bayern sind, soweit sie meine Person und die mir nahestehenden Verbände betreffen, frei erfunden. Deutsche sind in jetziger Zeit kein Heilmittel, da ihnen die Voraussetzung des Erfolges — die breite nationale Basis — fehlt.“

Ehrhardt ist bekanntlich seit dem Ludendorff-Putsch die rechte Hand Kahr's und wird von den Anhängern Kahr's und Ludendorff's aus schärfster Feindschaft. Ob sein Ruf nach Erfolg haben wird, muß deshalb bezweifelt werden.

Ständehaus ist es, daß der verantwortliche Staatsmann eines Landes es sich erlauben darf, eine Person zu seinem Vertrauten zu machen, der von den Reichsgerichten fleckentlich verfolgt wird und der in einer öffentlichen Erklärung durchblicken läßt, daß er ein prinzipieller Anhänger der Putschaktion ist.